

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KULTUS, WISSENSCHAFT UND KUNST

Lehrpläne für die Berufsoberschule

Alle Ausbildungsrichtungen

Unterrichtsfach:      Sozialkunde

*Die Lehrpläne wurden mit KMBek vom 29. Mai 1998 Nr. VII/7-S9410-6-13-/62095 genehmigt.*

Jahrgangsstufe 12



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
EINFÜHRUNG	
1 Vorbemerkung zum Aufbau und zur Verbindlichkeit der Lehrpläne	2
2 Schulartprofil Berufsoberschule	3
3 Stundentafel	4
4 Übersicht über die Lerngebiete	5
LEHRPLAN	
Sozialkunde	6
Anlage: Mitglieder	16

---

## EINFÜHRUNG

### 1 Vorbemerkung zum Aufbau und zur Verbindlichkeit der Lehrpläne

Die folgenden Lehrpläne beschreiben die Bildungs- und Erziehungsaufgaben der Fachoberschule und der Berufsoberschule auf drei Ebenen.

Die erste Ebene umfasst die **Schulartprofile** und erläutert den jeweiligen Bildungsauftrag der Schulart allgemein. Die zweite Ebene ist die der **Fachprofile**. Das Fachprofil charakterisiert den Unterricht eines bestimmten Fachs im Ganzen, indem es übergeordnete Ziele beschreibt, didaktische Entscheidungen begründet und fachlich-organisatorische Hinweise (z. B. auf fächerübergreifenden Unterricht) gibt. Die **Fachlehrpläne** bilden die dritte Ebene. Sie enthalten jeweils eine Übersicht über die Lerngebiete sowie eine nach Jahrgangsstufen geordnete, detaillierte Darstellung der Lernziele, Lerninhalte und Hinweise zum Unterricht.

Die **Lernziele** geben Auskunft über die Art der personalen Entwicklung, die bei den Schülerinnen und Schülern gefördert werden soll. Sie sind frei formuliert; die jeweils gewählte Formulierung will gleichwohl deutlich machen, mit welchen der vier didaktischen Schwerpunkte Wissen, Können und Anwenden, produktiv Denken und Gestalten sowie Wertorientierung die beschriebenen Entwicklungsprozesse in Verbindung stehen. Den Lernzielen sind **Lerninhalte** zugeordnet. Diese stellen die fachspezifischen Lerngegenstände des Unterrichts dar.

Die in den drei Lehrplanebenen aufgeführten Ziele und Inhalte bilden zusammen mit fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungsaufgaben<sup>1</sup>, den einschlägigen Artikeln des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, der Verfassung des Freistaates Bayern und des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen die verbindliche Grundlage für den Unterricht und die Erziehungsarbeit.

Die Fachlehrpläne stellen Lernziele und Lerninhalte des Unterrichts systematisch dar. Ihre konkrete Abfolge im Unterricht ergibt sich aus dem jeweils gewählten Unterrichtsgegenstand, für den u. U. verschiedene Lernziele des Lehrplans kombiniert werden müssen, aus der gewählten Unterrichtsmethode und der gegenseitigen Absprache der Lehrkräfte.

Die Hinweise zum Unterricht sowie die Zeitrichtwerte dienen der Orientierung oder Abgrenzung und sind nicht verbindlich; die Freiheit der Methodenwahl im Rahmen der durch die Lernziele ausgedrückten didaktischen Absichten ist damit nicht eingeschränkt. Die Lehrpläne sind grundsätzlich so angelegt, dass ein ausreichender pädagogischer Freiraum bleibt, damit (unabhängig vom Lehrplan) auf spezifische Interessen der Schülerinnen und Schüler sowie aktuelle Themen eingegangen werden kann.

<sup>1</sup>Z. B. dargestellt in: Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung, Abt. Berufliche Schulen (Hrsg.), *Bildungs- und Erziehungsaufgaben an Berufsschulen und Berufsfachschulen*, München 1996.

## 2 Schulartprofil Berufsoberschule

Die Berufsoberschule führt Schülerinnen und Schüler mit mittlerem Schulabschluss und Berufsausbildung oder Berufserfahrung in zwei Jahren zur fachgebundenen Hochschulreife, mit dem Bestehen der Ergänzungsprüfung in einer zweiten Fremdsprache zur allgemeinen Hochschulreife. Durch die erfolgreiche Teilnahme an der fakultativen Fachhochschulreifeprüfung können sie nach einem Jahr die Fachhochschulreife erwerben. Entsprechend ihrer beruflichen Qualifikation werden die Schülerinnen und Schüler vier Ausbildungsrichtungen zugeordnet: Technik, Wirtschaft, Sozialwesen, Agrarwirtschaft.

Um Studierfähigkeit zu erwerben, werden die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt, schwierige theoretische Erkenntnisse nachzuvollziehen, komplizierte Zusammenhänge zu durchschauen, zu ordnen und verständlich darzustellen. Dazu sollen die Schülerinnen und Schüler hohe kommunikative Kompetenz in der deutschen Sprache erwerben, hohes Sprach- und Literaturverständnis entwickeln, mindestens eine Fremdsprache auf anspruchsvollem Niveau beherrschen, über geschichtliches Bewusstsein und soziale Reife verfügen, sicher mit komplexeren mathematischen Problemen umgehen und moderne Informations- und Kommunikationsmittel kompetent und verantwortungsvoll benutzen können. Die Schülerinnen und Schüler werden darüber hinaus befähigt, mit den wesentlichen Problemstellungen der Profulfächer der jeweiligen Ausbildungsrichtungen umzugehen.

Der Unterricht an der Berufsoberschule soll die im Berufsleben erworbenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der jungen Erwachsenen aufgreifen und - bestehende Unterschiede ausgleichend - den Bildungszielen der Schule entsprechend erweitern. Die Lehrkräfte sollen ihnen zudem die Gelegenheit geben, im fächerübergreifenden und projektorientierten Arbeiten ihre bereits erworbenen Arbeitstugenden zu entfalten. Der Unterricht zielt darüber hinaus darauf ab, die Schülerinnen und Schüler zum selbstständigen Wissenserwerb und zum eigenständigen Urteilen anzuleiten. Er verlangt eigenverantwortliches Lösen komplexer Aufgaben und fördert dadurch Flexibilität und Kreativität. Die Schülerinnen und Schüler sollen neben der Vervollständigung ihrer fachlichen Kompetenzen und der Entwicklung eines umfassenden Problembewusstseins auch Einstellungen und Haltungen entwickeln, die auf verantwortliches Handeln in der Gemeinschaft ausgerichtet sind.

Die Verwirklichung der Bildungsziele der Berufsoberschule setzt bei den Schülerinnen und Schülern neben grundlegenden Kenntnissen in den allgemein bildenden Fächern und in den Fächern des jeweiligen Profilbereichs die hohe Bereitschaft voraus, sich auf geistige und ethische Herausforderungen einzulassen. Da sie sich über längere Zeit vorgegebenen oder selbst gestellten Aufgaben widmen sollen, müssen sie zudem große Ausdauer und geistige Beweglichkeit zeigen.

**3 Stundentafel**

Den Lehrplänen für die Berufsoberschule liegt die folgende Stundentafel zugrunde:

	Jgst. 12	Jgst. 13
<b>Allgemein bildender Unterricht:</b>		
Deutsch	5	5
Englisch	6	6
Mathematik (nichttechnisch)	5	5
Geschichte	2	2
Sozialkunde	2	0
Religionslehre	1	1
<b>Fachlicher Unterricht:</b>		
<b>Ausbildungsrichtung Technik:</b>		
Mathematik	7	7
Physik	6	5
Chemie	2	2
Technologie/Informatik	3	5
<b>Ausbildungsrichtung Wirtschaft:</b>		
Betriebswirtschaftslehre mit Rechnungswesen	6	5
Volkswirtschaftslehre	3	4
Wirtschaftsinformatik	2	3
Technologie	2	2

	Jgst. 12	Jgst. 13
<b>Ausbildungsrichtung Sozialwesen:</b>		
Pädagogik/Psychologie	6	5
Biologie	3	3
Chemie	2	2
Rechtslehre	0	2
Wirtschaftslehre	2	2

	Jgst. 12	Jgst. 13
<b>Ausbildungsrichtung Agrarwirtschaft:</b>		
Chemie	2	3
Biologie	5	5
Physik	2	2
Technologie/Informatik	2	2
Wirtschaftslehre	2	2

#### 4 Übersicht über die Lerngebiete

##### Jahrgangsstufe 12

- 1 Politische Strukturen und Prozesse in rechtsstaatlichen Demokratien
- 2 Wirtschafts- und Sozialpolitik
- 3 Gesellschaftliche Strukturen und Prozesse als Grundlagen der Politik
- 4 Internationale Beziehungen

Berufsoberschule

Alle Ausbildungsrichtungen

SOZIALKUNDE

Fachprofil: Die Sozialkunde in der Berufsoberschule dient der **politischen Bildung**. In Erweiterung und Vertiefung des Sozialkundeunterrichts an den vorausgegangenen Schulen soll sie die Schülerinnen und Schüler zum **Verstehen der Politik** führen, um sie zu befähigen, politische Sachverhalte möglichst rational zu beurteilen.

Der Sozialkundeunterricht strebt deshalb auch instrumentelle Fähigkeiten an: Beschaffung von Informationen und Beschreibung von Informationsdefiziten und Ungewissheiten, Auswerten von Statistiken und Bildmaterial, Unterscheiden von Ist- oder Soll-Aussagen, Beschreibungen, Erklärungen, Deutungen oder Wertungen.

Die Schülerinnen und Schüler sollen Urteile auf Widersprüche, zugrunde liegende Wertvorstellungen und Interessen überprüfen können sowie individuelle und soziale Bestimmungs- und Einflussfaktoren der politischen Urteilsbildung erfassen.

Vor allem sollen sie die Mehrwertigkeit und Mehrdeutigkeit politischer Erscheinungen und Vorgänge erkennen sowie die strukturellen, prozesshaften und historischen Zusammenhänge unterscheiden.

Sie sollen lernen, politische Entscheidungsprozesse nachzuvollziehen und die Wirkungen von Entscheidungsinhalten und Entscheidungsverfahren auf die beteiligten und betroffenen Menschen zu beurteilen. Die Leistungsfähigkeit von Methoden und theoretischen Ansätzen und der in ihnen enthaltenen Wertungen sollen sie analysieren und bewerten lernen.

Der Sozialkundeunterricht trägt dazu bei, die Bildungsziele der jeweiligen Schulart zu erreichen. Die Fülle der politischen Informationen, die auf den Bürger einströmt, verlangt gerade vom Sozialkundeunterricht, dass Wege aufgezeigt werden, diese Informationen einzuordnen und sie zu bewerten. Besonderes Gewicht ist auf die **Anleitung zum selbstständigen Arbeiten** und auf das **Einüben methodenbezogener Kenntnisse und Fähigkeiten** zu legen. Es sind deshalb vorwiegend Unterrichtsformen zu wählen, die den **selbstständigen Umgang der Schülerinnen und Schüler mit Quellen, Materialien und Sekundärliteratur** verlangen.

Ein zeitnaher und lebendiger Unterricht bedient sich konkreter, der Wirklichkeit entnommener und dem Verständnis des Schülers zugänglicher

---



**Beispiele.** Auf **aktuelle politische Anlässe und Ereignisse von politischer Bedeutung** ist deshalb auch außerhalb der ausgewiesenen Lerninhalte, jedoch unter Beachtung der allgemeinen Ziele der politischen Bildung einzugehen.  
Der Lehrplan baut auf der bis zu einem mittleren Schulabschluss erworbenen **politischen Grundbildung** auf.

Er ist auf insgesamt **3 Unterrichtswochenstunden** ausgerichtet. Die tatsächlich zu erteilenden Unterrichtsstunden ergeben sich aus der **Stundentafel** der jeweiligen Schulordnung.

Wird Sozialkundeunterricht mit weniger Wochenstunden erteilt, so trifft die zuständige Lehrkraft unter Berücksichtigung der Vorbildung der Schülerinnen und Schüler und in Orientierung an den Bildungszielen der jeweiligen Schulart sowie in Abstimmung mit den anderen Fächern eine Auswahl; das Lerngebiet 1 ist in jedem Fall verbindlich. Um einen systematisch fortschreitenden Sozialkundeunterricht sicherzustellen, muss die Lehrkraft entsprechende Verbindungen zwischen den einzelnen Lerninhalten herstellen.

#### Jahrgangsstufe 12

- Lerngebiete:
- 1 Politische Strukturen und Prozesse in rechtsstaatlichen Demokratien
  - 2 Wirtschafts- und Sozialpolitik
  - 3 Gesellschaftliche Strukturen und Prozesse als Grundlagen der Politik
  - 4 Internationale Beziehungen

LERNZIELE	LERNINHALTE	HINWEISE ZUM UNTERRICHT
<p>1 Politische Strukturen und Prozesse in rechtsstaatlichen Demokratien</p> <p>Die Schülerinnen und Schüler lernen, den politischen Prozess (politics) in der Demokratie als Ergebnis institutionalisierten Aushandelns (polity) von Themen und Interessen (policies) zu begreifen. Ausgehend vom Menschenbild des Grundgesetzes erfassen sie die konstituierenden Elemente des demokratischen Rechtsstaats. Sie erkennen die politische Realität und aktuelle Ausformung des politischen Systems und lernen, seine Wirksamkeit am aktuellen Beispiel zu bewerten. Sie erwerben die entsprechenden Einstellungen, um demokratische Verantwortung zu übernehmen und Rechte und Pflichten in der Gemeinschaft wahrzunehmen.</p>	<p>Verfassungskern und Wertbindung - die politische Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland heute:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- das Grundgesetz als Ergebnis der Erfahrungen mit der Weimarer Verfassung, dem Nationalsozialismus und dem Sozialismus</li> <li>- Merkmale des demokratischen Rechtsstaats</li> <li>- Bestimmungselemente der rechtsstaatlichen demokratischen Ordnung der Bundesrepublik und das dem GG zugrunde liegende Menschenbild</li> <li>- Bejahung der offenen Gesellschaft und des Gemeinwohls als Ergebnis eines institutionalisierten Aushandlungsprozesses</li> <li>- wertgebundene und abwehrbereite Demokratie - Verfassungsorgane, Gewaltenteilung und -ver-schränkung</li> <li>- die politische Verantwortung des einzelnen</li> </ul>	<p>Hinweis auf die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit für die Entwicklung von Individuum, Wirtschaft und Gesellschaft anhand von Fallbeispielen</p> <p>Hinweis auf die Notwendigkeit politischer Bildung zur Sicherung der Demokratie</p> <p>Pluralismustheorien; Diskussion der Theorie Poppers und von Fragen der politischen Abstinenz bzw. "Politikverdrossenheit"</p> <p>Fragen des Verbände- und Parteienstaats</p> <p>Chancen und Grenzen der Partizipation an Fallbeispielen - Fragen</p>

<p>Staatsbürgers und seine Möglichkeiten der politischen Partizipation in der Bundesrepublik heute</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Aufgaben und Legitimation der Parteien, Rolle der Medien und Interessengruppen</li> </ul>	<p>der Volksbefragungs- und Volksentscheidungs-Modelle in anderen europäischen Ländern - Fragen der Vereinbarkeit direkter und repräsentativer Demokratie</p> <p>Analyse der Behandlung politischer Themen im alltäglichen Politikgeschehen unter Berücksichtigung der politischen Strukturen und der institutionalisierten Aushandlungsprozesse</p> <p>Vergleich der politischen Prozesse in Deutschland mit denen in anderen europäischen Ländern anhand ausgewählter politischer Sachbereiche</p>
---	--

2 Wirtschafts- und Sozialpolitik

2.1 Die Schülerinnen und Schüler lernen, die Ziele der Wirtschaftssubjekte und ihre Beziehungen im Wirtschaftskreislauf im Rahmen volkswirtschaftlicher Modellbeschreibungen zu begreifen und ihre praktische Bedeutung zu erfassen. Sie lernen, unterschiedliche Wirtschaftssysteme aufgrund bestimmter Merkmale zu erkennen und ihr Zusammenwirken in Wirtschaftsordnungen zu analysieren.

Nutzenoptimierung der Privathaushalte, Gewinnoptimierung der Unternehmen und Gemeinwohlorientierung des Staates

Regelung von Angebot und Nachfrage durch den Markt

Wirtschaftskreislauf: Geldströme mit den zugrunde liegenden Aktivitäten und Tauschprozessen (Konsumausgaben, Lohnzahlungen, Sparen, Investitionen, Steuern, Subventionen)

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Haushaltsbuch als praktisches Beispiel

Problem der Überschuldung der Privathaushalte

Lösungsansätze

Rolle der Werbung

Märkte und Güterarten

Erörtern der begrenzten Aussagekraft des Modells an aktuellen Beispielen: tatsächliche Einflussfaktoren auf das Wirtschaftsverhalten der Subjekte, bedingt durch reale Machtverhältnisse, Prozesse der politischen Willensbildung, Konflikte zwischen den Subjekten

Berechnung des Sozialprodukts einer Volkswirtschaft

Diskussion der Probleme der "Wohlstandsindikatoren"

sieren. Sie erfassen die Leistungsmöglichkeiten und Defizite der aktuellen realen Ausprägung der sozialen Marktwirtschaft und gewinnen Einsicht in die Problematik der Wirtschaftspolitik. Sie erkennen die menschliche Dimension im Wirtschaftsprozess.

Grundsätzliche Unterschiede zwischen zentraler Planwirtschaft, freier Marktwirtschaft und sozialer Marktwirtschaft

Ursachen des Scheiterns der sozialistischen Planwirtschaft in der ehemaligen DDR  
Probleme des Übergangs von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern

Normative Grundentscheidungen des GG zur sozialen Marktwirtschaft - Sozialstaatsprinzip als Verfassungsauftrag

Übernahme von Regulierungs- und Kontrollfunktionen des Staates und der Zentralbank bei Funktionsproblemen der Wirtschaft, z. B. Sicherung des Wettbewerbs (Kartellrecht), Maßnahmen zur Beeinflussung z. B. von Konjunktur, Geldwert, Arbeitsmarkt, Einkommens- und Vermögensverteilung sowie

Erarbeiten eines Schemas von Eigentums-, Planungs-, Preisbildungs- und betrieblichen Rechnungsformen  
Vergleich der Bedeutung und Stellung des Individuums und der Rolle des Staates in der Wirtschaftsordnung der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik

Analyse einschlägiger Passagen des Einigungsvertrags und von BVG-Urteilen  
Fallbeispiel: Auflösung einer LPG und Neu-/Wiedereinrichtung landwirtschaftlicher Betriebe  
Analyse der öffentlichen Meinung in den neuen und alten Bundesländern (z. B. über die Arbeit der Treuhandanstalt)  
Entwicklungstendenzen an Statistiken erarbeiten (z. B. Beschäftigung, Insolvenzen, Unternehmensgründungen)

Einschlägige Artikel des GG und Entscheidungen des BVG  
Unterschied zwischen staatlicher Sozialfunktion und korporativer Sicherung  
Quellenarbeit: Sozialstaatsbegründungen der Parteien im Parlamentarischen Rat

Regulierungsmaßnahmen von Staat und Zentralbank in unterschiedlichen Wirtschaftslagen in der Bundesrepublik  
Analyse von Entscheidungen des Bundeskartellamts z. B. zur Medienkonzentration  
Stellung und Tätigkeit der Zentralbank an aktuellen Beispielen (Entwicklung auf europäischer Ebene berücksichtigen)  
Fallbeispiel: Entwicklung der Kohlesubventionspolitik der Bundes-

zur Erhaltung der Umwelt und langfristigen  
Sicherung von Ressourcen

regierungen

Diskussion: Wie systemkonform oder -widrig sind Subventionen?  
Dilemma der Wirtschaftspolitik beim Streben nach den Zielen des  
magischen Sechsecks an aktuellen Beispielen

Wirtschaftswachstum und Lebensqualität  
Vermehrung von Chancengleichheit und Ver-  
besserung sozialer Integration  
Problematik und Grenzen des Wachstums

Unterschiede zwischen Sozial- und Wohlfahrtsstaat  
Diskussion der Vorbehalte gegen den Begriff des Wohlfahrtsstaats  
Problematik des Wohlfahrtsstaats: Notwendigkeit der permanen-  
ten Reform seiner Institutionen und die tatsächlichen Schwierig-  
keiten, die sich solcher Reform entgegenstellen

2.2 Die Schülerinnen und Schü-  
ler lernen, den Ausbau des  
Systems der sozialen Siche-  
rung in Deutschland als Er-  
gebnis von Aushand-  
lungsprozessen in Staat und  
Gesellschaft seit der Phase  
der Hochindustrialisierung  
zu sehen und ihn nach In-  
tention und Wirksamkeit zu  
bewerten. Sie erkennen den  
Zusammenhang von zeit-  
genössischen Werthal-  
tungen und der Grund-  
legung von Arbeitsschutz.  
Sie erfahren Motive und In-  
tentionen des sozialpoliti-  
schen Wandels im 20. Jahr-

Ausbau der Sozialgesetzgebung seit der 2.  
Hälfte des 19. Jahrhunderts im Zusammenhang  
mit den jeweiligen politischen, wirtschaftlichen  
und sozialen Rahmenbedingungen  
Sozialer Ausgleich und soziale Sicherheit als  
Ziele des Sozialstaatspostulats des GG  
Teilhabe- und Sicherungsrechte der Arbeitneh-  
mer

Quellenarbeit:

Das sozialpolitische Programm des Deutschen Reichs (Adressen,  
Gesetzesvorschläge, "Motive" zu den Gesetzen) ab 1871 und sein  
Wandel bis 1914 - Stellungnahme von Parteien und Verbänden zur  
Sozialgesetzgebung

Gesetze: Mitbestimmungs- und Be-  
triebsverfassungsgesetz, Arbeitsschutz und  
Kündigungsschutz, Mutterschutz u. a.

Analyse der politischen und wirtschaftlichen Ursachen der gesetz-  
lichen Veränderungen des Mitbestimmungs- und Betriebsverfas-  
sungsgesetzes während der sozialliberalen Koalition (1972, 1976),  
des Jugendarbeitsschutzgesetzes

Vereinbarungen: individueller Arbeitsvertrag  
und kollektiver Tarifvertrag

Diskussion der Positionen von Gewerkschaften und Arbeitgebern  
über Änderungen des Tarifrechts

Erweiterung der materiellen Existenzsicherung

<p>hundert und erkennen ihre Auswirkungen auf den Einzelnen und das Selbstverständnis des modernen Staates.</p>	<p>auf der Basis des klassischen Sozialversicherungssystems (Kranken-, Pflege-, Renten-, Arbeitslosen-, Unfallversicherung)</p>	<p>Funktionsweise des Generationenvertrags Aktuelle Ermittlung der Sozialhilfeleistung für eine Familie</p>
	<p>Umfassende Daseinsvorsorge durch sozialstaatliche Leistungspolitik und Selbstverantwortung in der Vorsorge</p>	<p>Aktueller Stand der jeweiligen Leistungen (Wohn- und Kindergeld; Studien-, Ausbildungs-, Arbeitsförderung; Einkommens- und Vermögensbildung; gesetzliche Verpflichtung zu Kindergartenplatzangebot)</p>
	<p>Probleme der Finanzierbarkeit des Sozialsystems und Grenzen der staatlichen Sozialfunktion</p>	<p>Überblick über die Kostenentwicklung im sozialen System und dessen Schwerpunkte Fallbeispiel: Finanzierung der Pflegeversicherung Quellentexte zu den Gesundheitsreformen und zur Reform der Rentenversicherung</p>
<p>2.3 Die Schülerinnen und Schüler lernen, den Wandel der Aufgaben und Herausforderungen der Sozial- und Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit der Internationalisierung der Volkswirtschaften als Chance und Problem zu erfassen und zu bewerten. Sie erfahren den Zusammenhang zwischen globaler Wirtschaftspolitik und</p>	<p>Internationalisierung der Volkswirtschaften und Einengung nationalstaatlicher Entscheidungsspielräume - Europäische Währungsunion - Chancen und Probleme des Euro</p>	<p>Hinweis auf Kapitalverflechtungen und Aktivitäten internationaler Konzerne Internationalisierung des Arbeitsmarkts Diskussion aktueller Medienbeiträge zur EWU</p>
	<p>Abstimmung nationaler Wirtschafts- und Sozialpolitik in der EU, Einbindung in europäische Rechtsvorschriften</p>	<p>Fallbeispiel: Interventionsmöglichkeiten der Zentralbank zur Beruhigung der Devisenmärkte und zur Sicherung einer nationalen Währungspolitik</p>
	<p>Ökologisch verträgliche Gestaltung z. B. der Verkehrs-, Energie- und Technologiepolitik</p>	<p>Fallbeispiel: Durchsetzung umweltpolitischer Zielsetzungen der Bundesregierung und des Landes Bayern innerhalb der EU</p>
	<p>Probleme der Sicherung, Schaffung und Ver-</p>	<p>Eingehen v. a. auf Entwicklung neuer Schlüsseltechnologien</p>

	verstärkter Notwendigkeit von Bestrebungen zum Umweltschutz.	teilung von Arbeit in der Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft zur Erhaltung der sozialen Integration der Gesellschaft	Wandel der Qualifikationsstrukturen, der Beschäftigungsstruktur und ihre Auswirkungen auf die Löhne und die Einkommensstrukturen Diskussion aktueller Lösungsansätze in Bezug auf Ausbildung und Arbeitslosigkeit
3	Gesellschaftliche Strukturen und Prozesse als Grundlagen der Politik		
3.1	Die Schülerinnen und Schüler lernen, Sozialisationsziele und -leistungen in ihrem historischen Wandel zu erfassen und zu bewerten. Sie erfahren den Zusammenhang von Gesellschaftsverfassung und Erziehungszielen, von materiellem Mangel und der strikten Durchsetzung von Normen.	<p>Menschliche Sozialisation, z. B.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Sozialisationsbedürftigkeit und Sozialisationsfähigkeit des Menschen</li> <li>- Sozialisation als lebenslanger Prozess</li> </ul> <p>Einfluss von Anlage und Umwelt auf die Entwicklung des Menschen - Entwicklungstheorien</p> <p>Sozialisationsinstanzen im Wandel: Familie, Schule, Gruppe und Beruf in vorindustriellen, industriellen und postindustriellen Gesellschaften</p> <p>Erziehung und Lernen im kulturellen Wandel, z. B. in Bezug auf geschlechtsspezifische Sozialisation, Aggression, Vorurteilsbildung</p>	<p>Hinweis auf Erkenntnisse der Entwicklungspsychologie und auf unterschiedliche Entwicklungstheorien</p> <p>Diskussion historischer Theorien zu Anlage und Umwelt</p> <p>Vergleich der Entwicklungsmerkmale europäischer Länder des 18. und 19. Jahrhunderts mit heutigen Entwicklungs- und Schwellenländern Kontroversen um die Entwicklung der europäischen Zivilisation</p> <p>Erörterung der Ergebnisse der Ethologie und Ethnologie; Forschungen zur politischen Sozialisation</p>

3.2	<p>Die Schülerinnen und Schüler lernen wesentliche Aspekte des gesellschaftlichen Wandels kennen. Sie erkennen die Komplexität sozialer Prozesse und erfahren den Zusammenhang von Individualisierung und Autonomiegewinn des Einzelnen.</p>	<p>Modelle und Theorien zur Erfassung von Sozialstruktur und gesellschaftlichem Wandel:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wandel und Beharrung der gesellschaftlichen Struktur im ersten Nachkriegsjahrzehnt und in den 60er Jahren</li> <li>- Wertewandel, Demokratisierung vieler Lebensbereiche, Bedeutungsverlust traditioneller Autoritäten</li> <li>- Individualisierung des Lebenslaufs, Veränderungen der Geschlechts- und Berufsrollen</li> <li>- Wandel der Einstellungen zu Beruf, Freizeit und politischer Partizipation (und Gegenbewegungen seit den 80er Jahren)</li> </ul> <p>Entstehung eines Bewusstseins für ökologische Zusammenhänge und differenziertere Einschätzung des Fortschritts</p> <p>Auswirkungen der Wohlstandsgesellschaft auf Informations- und Bildungsverhalten, Berufswahl und soziale Mobilität des Einzelnen</p> <p>Lebensbedingungen und soziale Milieus in der postmodernen Gesellschaft, Stellung von Randgruppen</p>	<p>Schichtenmodelle versus Milieutheorien</p> <p>Ergebnisse der Lebenslauf- und Jugendforschung seit den 80er Jahren in Ost- und Westdeutschland</p> <p>Eingehen auf das Umweltbewusstsein und die Karriere dieses Politik-Themas seit den 70er Jahren als Beispiel der Durchsetzung von policy-Strategien</p> <p>Fragen der sozialen Schichtung und der sozialen Milieus - Zusammenhang von Bildungsniveau und Einstellungspräferenzen</p> <p>Diskussion von Theorien zur Risiko- und Erlebnisgesellschaft</p>
-----	--	--	---



Die Schülerinnen und Schüler lernen, die unterschiedlichen Wirkungsmöglichkeiten bilateraler und multilateraler Konfliktlösungsinstitutionen gegeneinander abzuwägen. Sie erfahren, dass Einstellungen von Individuen und Institutionen zur Gestaltung außenpolitischer Beziehungen zeitbezogen sind und auch wirtschaftlichen, machtpolitischen sowie religiösen oder ideologischen Motiven folgen. Sie werden befähigt, politisches Handeln aus dem jeweiligen Zeitzusammenhang zu analysieren und zu bewerten. Sie lernen, Intentionen und Maßnahmen der Entwicklungshilfe im Hinblick auf ihre Wirkungen kritisch zu analysieren und zu bewerten.

Institutionen und Maßnahmen der Friedenssicherung, z. B.

- UN: Möglichkeiten und Grenzen ihrer Wirksamkeit, Tendenzen zur Sicherung des Friedens und der Abschreckung von Aggressoren durch Schaffung politischer und militärischer Instrumente zur Durchsetzung von UN-Beschlüssen
- NATO, KSZE, OSZE, WEU, EU: Friedenssicherungsbemühungen anhand aktueller Beispiele
- zweiseitige Abkommen zur Förderung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit
- Entwicklungshilfe - Institutionen, Intentionen und Maßnahmen im Wandel - Zusammenhang mit wirtschaftlichen Interessen

Probleme des Umweltschutzes in Osteuropa und in Entwicklungsländern  
Möglichkeiten und Grenzen internationaler Hilfe

Vergleich der Zielsetzungen und Instrumente von Völkerbund und UN

Darstellung anhand historischer und aktueller Beispiele friedenserhaltender und friedensschaffender Maßnahmen

Schwerpunkte: Organisation, Entwicklungen, Zielsetzungen und Instrumente dieser Organisationen, aktuelle Möglichkeiten ihres Zusammenwirkens, Grenzen ihrer Wirksamkeit

Diskussion von Wirkungsmöglichkeiten Deutschlands in diesen Organisationen bzw. Zusammenschlüssen

Erarbeitung anhand aktueller Beispiele

Analyse von Tendenzen und Einzelprojekten der Entwicklungshilfe

Diskussion unterschiedlicher Zielsetzungen und Instrumente anhand aktueller Beispiele

Problematisierung von Institutionen und Möglichkeiten der internationalen Überwachung und Kontrolle atomarer Anlagen

Anlage

Die Mitglieder und Berater der Lehrplankommission waren:

Dietmar Deckelmann	Aschaffenburg
Hans Emmert	Ansbach
Dr. Karl Firsching	Straubing
Angela George	München
Karoline Gorkotte	München
Hildegard Pausch-Strobl	Landshut
Walter Pastors	Krumbach
Dorothea Weidinger	ISB München